

Presseerklärung

des Klimaschutzbündnisses (KSB) Saar

Saarbrücken, 13. Mai 2019

Klimaschutzbündnis Saar begrüßt den Antrag der CDU / SPD-Fraktionen im Landtag und fordert die Inbetriebnahme der ersten zusätzlichen PV-Anlagen auf öffentlichen Gebäuden noch in 2019 !

Grundlage der Pressemitteilung:

Landtag des Saarlandes, 16. Wahlperiode, Drucksache 16/836, 08.05.2019
Antrag der CDU- / SPD-Fraktionen: "Potenziale der Photovoltaik im Saarland ausschöpfen - Energiewende und Klimaschutz im Saarland konsequent voranbringen !"

Das Klimaschutzbündnis Saar (KSB Saar) erkennt an, dass der o.g. Antrag ein erster Schritt der saarländischen Politik hinsichtlich seiner Forderungen ist. Natürlich ist es richtig, sich die am einfachsten zu erfüllende Forderung - konsequente Belegung öffentlicher Gebäude mit PV-Anlagen - als erstes vorzunehmen.

Darüber hinaus müssen aber auch die weiteren Forderungen des KSB Saar (siehe Anlage) bis zur Sommerpause in gleicher Weise angegangen werden!

Zum vorliegenden Antrag nimmt das Klimaschutzbündnis Saar wie folgt Stellung:

1. PV-Anlagen auf öffentlichen Dächern müssen ab sofort der neue Standard sein !

Die Errichtung von PV-Anlagen bei öffentlichen Neubauten und Dachsanierungen darf nicht nur geprüft werden, sondern muss verpflichtend vorgeschrieben werden. Nur in begründeten Ausnahmen, z.B. überwiegender Verschattung, kleinen verfügbaren Flächen, usw. darf auf den Bau einer PV-Anlage ausnahmsweise verzichtet werden. Mit dieser Maßnahme nähert sich der saarländische Landtag der Linie, die Los Angeles, Vancouver, London, Basel, das britische Parlament und letzte Woche auch Konstanz durch die "Ausrufung des Klima-Notstands" vorgegeben haben, an.

2. Inbetriebnahme erster zusätzlicher PV-Anlagen auf öffentlichen Dächern noch in 2019 !

Der Aufbau des im Antrag benannten Dachkatasters wird vom KSB Saar begrüßt. Diese Schreibtischarbeit muss jedoch parallel zu Errichtungsarbeiten zusätzlicher PV-Anlagen auf öffentlichen Gebäuden erfolgen. Es darf keinesfalls gewartet werden, bis die Landesbehörden in jahrelanger Arbeit ein vollumfängliches Kataster erstellt haben.

Grund: Nach wissenschaftlichen Erkenntnissen duldet die Klimakatastrophe keinen weiteren Aufschub mehr!

Mitglieder des KSB Saar haben innerhalb weniger Wochen mit Hilfe von Bürgern bereits eine Liste von ca. 60 öffentlichen Gebäuden mit verfügbaren Dachflächen unterschiedlicher öffentlicher Träger zusammengestellt. Deren kurzfristige PV-Anlagenerrichtung nach positiver Prüfung kann sofort begonnen werden. Die im KSB Saar engagierten Bürger-Energie-Genossenschaften (BEGs) haben mit bisher realisierten PV-Anlagen auf öffentlichen Dächern gezeigt, dass die laufenden Kosten der Stromversorgung mit PV-Anlagen an den Standorten nicht teurer waren (meist sogar günstiger), als die bis dahin anfallenden konventionellen Stromkosten (Grüne Null = Klimaschutz ohne Mehrkosten). Die BEGs entlasten bei derartigen Projekten die öffentliche Hand, indem sie sowohl finanzielle Mittel, als auch Projektarbeiten zur Errichtung dieser PV-Anlagen beisteuern. Damit stellen diese bekannten Engpässe der öffentlichen Hand (Finanzen und Personal) kein Hindernis zum sofortigen Ausbau der PV-Anlagen auf öffentlichen Gebäuden mehr dar.

Einen nicht zu vernachlässigenden positiven Nebeneffekt stellt die finanzielle Beteiligungsmöglichkeit der Bürger via BEG-Mitgliedschaft dar. Stärkt sie doch den gesellschaftlichen Zusammenhalt im gemeinsamen Bemühen, die bevorstehende Klimakatastrophe für unsere Kinder noch abzuwenden oder wenigstens abzumildern. Bei Fragen zu dieser Pressemitteilung des Klimaschutzbündnisses Saar wenden Sie sich bitte an:

Karl Werner Götzinger (Vorstandsvorsitzender der Bürger-Energie-Genossenschaft Köllertal eG) Tel.: (06806) 49 99 753
eMail: Karl-Werner.Goetzinger@BEG-Koellertal.de
Internet: www.beg-koellertal.de